

Niederschrift
über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen
am 22.01.2014

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 09:05 Uhr

Sitzungspausen 10:10 – 10:20 Uhr, 11:15 – 11:20 Uhr

:

Ende: 12:30 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Aufderheide

Herr Baum

Frau Böllhoff

Herr Dr. Bruder

Herr Heuer

Frau Röder

Frau Schmieder

Vorsitzender

(bis 12.10 Uhr)

Stellvertretende Mitglieder

Frau Eraslan

Frau Schönfeld

Beratende Mitglieder

Herr Jung (CDU)

Frau Schneider (SPD)

Herr Spalek

(FDP)

Frau Niemeyer (Die Linke)

(ab 10.00 Uhr)

(von 9.25 Uhr bis 11.50
Uhr)

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Donath (SPD)

Behindertenhilfekoordinatorin mit beratender Stimme

Frau Krutwage

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Verwaltung

Herr Feix
 Herr Markus
 Herr Heibrock

Herr Linnenbürger

Herr Gressik
 Frau Prizebilla-Voigt

Herr Jamitzky
 Herr Günther
 Herr Müller
 Frau Trachte
 Herr Burkat

Gäste:

Herr Dreier

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
 Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
 Amt für Jugend und Familie
 -Jugendamt-
 Büro für Integrierte Sozialplanung und
 Prävention
 Amt für Schule
 Amt für Jugend und Familie
 -Jugendamt-
 Amt für Verkehr
 Stab Dezernat 2
 Amt für Schule
 Schulamt
 Büro für Integrierte Sozialplanung und
 Prävention

moBiel

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Baum begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Auf Nachfrage erklären sich die Anwesenden mit der elektronischen Aufzeichnung der Sitzung einverstanden.

Darüber hinaus schlägt er vor, die Tagesordnung um die Beschlussvorlage des Amtes für Schule, Drucks.-Nr. 6699/2009-2014, als neuen TOP 12 zu erweitern. Die Vorlage sei entsprechend nachversandt worden. Die Anwesenden haben keine Einwände.

Als Vertretung für den erkrankten Herrn Litke schlägt er Frau Krumme als Schriftführerin für die Sitzung vor.

- einstimmig beschlossen –

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 41. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 27.11.2013

Vorsitzender Herr Baum verweist auf den Änderungsvorschlag bezüglich der Protokollierung von TOP 12, der als Tischvorlage vorliegt (**Anlage 1**).

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 41. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 27.11.2013 wird, unter Berücksichtigung der geänderten Fassung des TOP 12, nach Form und Inhalt genehmigt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Genehmigung der Niederschrift über die 42. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 18.12.2013**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 42. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 18.12.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Mitteilungen**

Zu Punkt 4.1 **"Die freundliche Toilette"**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf das mit der Einladung versandte Antwortschreiben des Oberbürgermeisters Herrn Clausen. Er schlägt vor, das Thema in einer der nächsten Sitzungen nochmals aufzugreifen.

-.-.-

Zu Punkt 4.2 **Ablehnung der Petition an den Landtag NRW**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf das mit der Einladung versandte Schreiben der Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen. Er teilt mit, dass ihn der Landtagsabgeordnete Herr Garbrecht darauf hingewiesen habe, dass die Petition lediglich den falschen Absender gehabt hätte. Herr Garbrecht habe angeregt, dass die Petition vom Vorsitzenden in Persona nochmals eingereicht werden solle, dann würde sie auch angenommen. Vorsitzender Herr Baum beabsichtigt dies zu tun.

-.-.-

Zu Punkt 4.3 **Vorüberlegungen zum Sitzungsmodus nach der Wahl**

Vorsitzender Herr Baum bittet die Mitglieder, die beabsichtigen sich wieder zur Wahl zu stellen, sich Gedanken über eine Veränderung des Sitzungstages zu machen. Er schlägt vor, die Beiratssitzungen an den Anfang des Monats zu legen, damit der Beirat auch die Möglichkeit der Stellungnahme vor den Ausschusssitzungen habe. Dies sei in der Vergangenheit öfter erst nach den Ausschusssitzungen möglich gewesen. Diese Änderungen könnten dann bei den Planungen für die nächste Legislaturperiode berücksichtigt werden.

Frau Röder gibt zu Bedenken, dass es Terminkollisionen mit Ausschusssitzungen geben könnte und bittet die Verwaltung um eine Stellungnahme.

Frau Krumme weist darauf hin, dass eine Verschiebung des Sitzungstermins keine Garantie dafür sei, dass der Beirat immer vor dem Sozial- und Gesundheitsausschuss tagen würde. Durch die große Anzahl von Landtagsabgeordneten im Bielefelder Rat, würden die Sitzungstermine u. a. auch unter Berücksichtigung der Sitzungstermine des Landtages geplant.

Frau Schneider schlägt vor, die Beiratssitzung in die Woche nach den Ratssitzungen zu legen, dann würde der Beirat immer vor den Ausschusssitzungen tagen.

Auf Nachfrage von Herrn Heuer teilt Vorsitzender Herr Baum mit, dass die konstituierende Sitzung des Beirates für Behindertenfragen für August 2014 geplant sei.

Zu Punkt 4.4 2.-Bürgerforum Stadtbahnausbau

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die Ergebnisse des 2. Bürgerforums Stadtbahnausbau, die ihm von moBiel zur Verfügung gestellt worden sind. Sie liegen zur Ansicht bei der Geschäftsführung bereit.

Zu Punkt 4.5 NRW-Tag

Frau Aufderheide verweist auf den vom 27. – 29.06.2014 stattfindenden NRW-Tag. Es bestünde für Gruppen und Initiativen noch die Möglichkeit diesen Tag aktiv mitzugestalten. Die Kontaktstelle bietet an, dass mehrere Gruppen und Initiativen einen gemeinsamen Stand betreiben. Es liegen bereits Anmeldungen vor, weitere seien aber noch möglich.

Zu Punkt 5 Anfragen

Zu Punkt 5.1 Parkplätze an der Almschwimmhalle

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6810/2009-2014

Frau Röder schildert die Situation bei Heimspielen von Arminia Bielefeld. Die Ordner seien angewiesen, niemanden ohne eine entsprechende Parkerlaubnis auf die Parkfläche zu lassen, die nach ihrer Ansicht städtische Flächen seien. Der Schwimm-Kursbetrieb findet weiterhin statt, an dem auch viele behinderte Kinder teilnehmen. Diese Kinder seien

in ihren Bewegungen zum Teil sehr schwerfällig, hätten aber keine besondere Behindertenparkerlaubnis, die für eine Einfahrt benötigt werde. Ein reger E-Mailverkehr habe bisher zu keinem Ergebnis geführt. Sie fragt an, welche Möglichkeiten es von Seiten der Stadt gebe, für diese ca. acht Kinder eine Parkmöglichkeit an den besagten Spieltagen zu schaffen. Frau Krutwage teilt mit, dass die Anfrage an den Immobilienbetrieb der Stadt Bielefeld weitergegeben worden ist. Von dort werden mit dem Verein Arminia Bielefeld Gespräche geführt, um zu einer Lösung zu kommen. Sobald eine Antwort vorliege, werde sie dem Beirat zur Kenntnis gegeben.

--

Zu Punkt 6 Anträge

Anträge liegen nicht vor.

--

Zu Punkt 7 Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme und des Beirates)

Herr Heuer teilt mit, dass der **Umweltausschuss** das Thema vereinsungebundener Sport am Johannisberg behandelt habe. Herr Donath informiert darüber, dass der **Sozial- und Gesundheitsausschuss** den Inklusionsplan einstimmig beschlossen habe und die Haushaltsberatung 2014 im Rahmen einer Sondersitzung am 05.02.2014 abschließend behandelt würde. Im Seniorenrat sei ein Antrag zum Thema „Rundfunkbeitragsrecht“ für die Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung NRW verabschiedet worden. Da dieses Thema auch für behinderte Menschen relevant sei, schlägt er vor, dass Vorsitzender Herr Baum diesbezüglich Kontakt zum Vorsitzenden des Seniorenrates Herrn Prof. Peter aufnimmt. Frau Röder informiert über die Sitzung des **Schulausschusses**, in der ebenfalls der Haushalt 2014 Thema war. Darüber hinaus wurde die Erweiterung bzw. Teilstandortbildung der Luisenschule in die Gebäude der Lutherschule diskutiert. Der hohe Raumbedarf der Luisenschule sei nachvollziehbar, da sie das gemeinsame Lernen installieren und Auffangklassen für Flüchtlinge und Migranten einrichten wolle. Problematisch dabei sei, dass die Nutzung der Lutherschule durch die Luisenschule mit der Einrichtung einer Primusschule kollidiert. Derzeit werde eine Umfrage unter den Elternverbänden zur Einrichtung einer Primusschule durchgeführt. Eine Entscheidung des Landes stünde diesbezüglich ebenfalls noch aus. Als Standort der Primusschule sei die Lutherschule im Gespräch gewesen. Die Belange der Luisenschule kollidieren deshalb mit der Primusschule. Einen Kompromiss hat man dahingehend gefunden, dass die Luisenschule beginnen darf in der Lutherschule einen Teilstandort zu bilden, da noch nicht sicher sei, ob die Primusschule überhaupt gebildet wird. Frau Röder informiert aus dem **Arbeitskreis Gesundheit**, der sich weiter mit dem Thema „Umgang mit behinderten Patienten“ beschäftigt und dazu Gespräche vereinbart habe. Darüber hinaus berichtet sie aus der **Arbeitsgruppe Inklusionsplanung**.

Nach Aussagen von Herrn Heuer hat an der letzten Sitzung des **Arbeitskreises Arbeit** auch der Fachdienst Integration teilgenommen. Unter seiner Federführung sollen Gespräche mit großen Firmen und Gewerkschaftsverbänden geführt werden, um die Theoriereduzierte Ausbildung voranzutreiben.

Auf Nachfrage schlägt Herr Burkat vor, dass er im Februar über den Stand der Inklusionsplanungen berichtet. Die Anwesenden sind damit einverstanden.

Vorsitzender Herr Baum bittet die Mitglieder um Stellungnahmen zur Fortführung der Bürgersprechstunde. Frau Aufderheide bemängelt, dass es in der lokalen Presse keine Hinweise auf die Bürgersprechstunde des Beirates gebe. Bis auf den Artikel zu Beginn, sei nichts mehr erschienen. Vor jeder Sprechstunde müsste ein Hinweis in der Zeitung erscheinen. Vorsitzender Herr Baum schlägt vor, dass zunächst die Tagesordnung abgearbeitet wird und dieses Thema nochmal aufgegriffen werde.

-.-.-

*Im Anschluss wird der Tagesordnungspunkt 11 beraten
(s. Protokollierung unter dem entsprechenden TOP im späteren Teil der Niederschrift).*

-.-.-

Zu Punkt 8 Verwaltungsentwurf Stellenplan 2014

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6587/2009-2014

Herr Feix führt zu der Beschlussvorlage aus, dass gemäß eines Ratsbeschlusses neue Stellen 2014 – 2016 nur mit einem Refinanzierungsvorschlag eingerichtet werden dürfen. Da das Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt- keine Deckung für die notwendige Stelle in der Grundsicherung bieten kann, müsse eine Deckung über den Gesamthaushalt gewährleistet werden. Dafür sei dieser besondere Beschluss erforderlich.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat zu empfehlen, die 0,9 Mehrstelle entsprechend der Veränderungsliste Nr. 117 einzurichten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9**Haushaltsplan 2014 für das Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6671/2009-2014

Herr Markus erläutert schwerpunktmäßig die behindertenrelevanten Bereiche der Beschlussvorlage.

Fragen von Herrn Heuer, Frau Schmieder und Frau Röder werden beantwortet. Herr Feix führt zu Fragen von Frau Aufderheide zu höheren Finanzmitteln für das Hörgeschädigtenzentrum aus, dass der Leistungsvertrag in seinem vereinbarten Rahmen bestehen bleibe und im Haushalt berücksichtigt sei. Für weitere Finanzmittel musste ein entsprechender Antrag des Vereins gestellt werden, der eingegangen und den Haushaltsunterlagen beigefügt sei. Da der Hörgeschädigtenverein nicht antragsberechtigt sei, müsste ein Mitglied des Beirates den Antrag annehmen und darüber abstimmen lassen.

Frau Aufderheide wird darauf hingewiesen, dass Sie aufgrund ihrer Mitgliedschaft im Vorstand des Fördervereins Kulturzentrum für Hörgeschädigte Bielefeld e. V. als befangen gelte und an der Abstimmung nicht teilnehmen dürfe.

Vorsitzender Herr Baum nimmt die Anträge an und fordert die Anwesenden auf, über die vorliegenden Anträge aus der Veränderungsliste (Anlage 5, Produkt 11.05.03.03) abzustimmen.

Einzelbeschlüsse zu Neu- und Erweiterungsanträgen freier Träger:Anlage 5, lfd. Nr. 1 Förderverein Hörgeschädigtenzentrum:

Frau Aufderheide führt zu dem Antrag aus, dass es bisher kein Budget für derartige Kosten gebe. Auf Nachfrage von Vorsitzendem Herrn Baum erklärt sie, dass die Dolmetscheraufgaben von den eigenen Kindern wahrgenommen worden seien oder die Gehörlosen den Veranstaltungen ferngeblieben sind.

Vorsitzender Herr Baum bittet um Abstimmung über den Antrag.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen unterstützt den gemeinsamen Antrag des Stadtverbandes der Hörgeschädigten Bielefeld e. V. und dem Förderverein Kulturzentrum für Hörgeschädigte Bielefeld e. V. für die Errichtung eines städtischen Kostenbudgets für Gebärdensprach-, Schriftdolmetscher und Taubblindenassistenten.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen –

Frau Aufderheide hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Anlage 5 lfd. Nr. 2 Förderverein Hörgeschädigtenzentrum:**Beschluss:**

Der Beirat für Behindertenfragen unterstützt den Antrag des Fördervereins Kulturzentrum für Hörgeschädigte Bielefeld e. V. auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses für das Hörgeschädigten-Zentrum (HGZ) Bielefeld von 9.408 € um 11.590 € auf 20.998 €, im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung 2014 – 2016.

- einstimmig beschlossen -

Frau Aufderheide hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Beschluss:

Die Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem SGA, unter Berücksichtigung der Einzelbeschlüsse, dem Rat zu empfehlen, den Haushaltsplan 2014 mit den Plandaten für die Jahre 2015 bis 2017 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.66	SGA, Seniorenrat, Beiräte	97 €	134.024 €	133.927 €
11.05.01	Grundsicherung für Arbeit	37.321.487 €	104.229.806 €	66.908.319 €
11.05.02	Sicherung des Lebensunterhalt s	32.501.886 €	48.475.976 €	15.974.090 €
11.05.03	Besondere soziale Leistungen	7.684.855 €	55.832.500 €	48.147.645 €
Summen		77.508.325 €	208.672.306 €	131.163.981 €

einschließlich der von der Verwaltung vorgeschlagenen Veränderungsliste (Anlage 3) wird, unter Berücksichtigung der zuvor gefassten Einzelbeschlüsse, zugestimmt.

3. Den **Teilfinanzplänen A** der

Produktgruppe 11.05.01

investive Einzahlungen = 12.000 €, investive Auszahlungen = 52.200 €

Produktgruppe 11.05.03

investive Einzahlungen = 0 €, investive Auszahlungen = 12.000 €

wird zugestimmt.

4. Den speziellen **Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 für den Haushaltsplan 2014 wird zugestimmt.

5. Dem **Stellenplan 2014** für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Sitzungspause 10.10 Uhr – 10.20 Uhr

Zu Punkt 10 Haushaltsplan 2014 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6723/2009-2014

Herr Heibrock erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage, die in der bereits bekannten Weise dargestellt würden. Spezielle behindertenrelevante Positionen seien im Haushaltsplan nicht enthalten.

Fragen werden nicht gestellt.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen den Haushaltsplan 2014 mit den Plandaten für die Jahre 2015 bis 2017 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen**

der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.

2. Den **Teilergebnisplänen unter Einschluss der Veränderungsliste gem. Anlage 4** der

Produktgruppe	Bezeichnung	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.67	JHA, UA Jugendhilfe, Mädchenbeirat, Bündnis f. Familie	0 €	70.286 €	70.286 €
11.05.07	Unterhaltsvorsc huss	4.486.791 €	5.964.979 €	1.478.188 €
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	51.865.810 €	126.926.870 €	75.061.060 €
11.06.02	Förderung von Familien	11.398.959 €	66.471.231 €	55.072.272 €
11.06.03	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	306 €	1.979.100 €	1.978.794 €
Summen		67.751.866 €	201.412.466 €	133.660.600 €

(Tabelle 1)

wird zugestimmt.

Den Teilfinanzplänen A und B der

Produktgruppe	Bezeichnung	Investive Einzahlung en	Investive Auszahlung en	Ergebnis (Budget)
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	245.000 €	460.584 €	215.584 €
11.06.02	Förderung von Familien	10.000 €	116.998 €	106.998 €
Summen		255.000 €	577.582 €	322.582 €

(Tabelle 2)

wird zugestimmt.

3. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 für den Haushaltsplan 2014 wird zugestimmt.

4. Dem Stellenplanentwurf 2014 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- wird zugestimmt.

5. Der Fortschreibung der HSK-Maßnahmen Nr. 237 bis 252 und HSK-Plus-Maßnahmen 254Vc bis 254Vh wird zugestimmt. Die HSK-Maßnahme 253 wird aufgrund der Beschlusslagen zu den

Leistungsverträgen ab 2014 nicht fortgeführt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11 Haushaltsplan 2014 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6686/2009-2014

Herr Linnenbürger erläutert die wesentlichen Punkte der Haushaltsvorlage, die erstmals für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention erstellt worden sei. Die dort aufgeführten Stellen seien aus den Organisationseinheiten Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-, Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- und Stab des Dezernates Soziales umgeschichtet worden. Eine Ausnahme bilde hierbei die Stelle für die Inklusionsplanung, die zunächst überplanmäßig eingerichtet worden sei.

Fragen von Frau Röder werden von Herrn Linnenbürger beantwortet.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem SGA, dem Rat zu empfehlen, den Haushaltsplan 2014 mit den Plandaten für die Jahre 2015 bis 2017 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen** der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt (Anlage 1).
2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.31	Integrierte Sozialplanung und Prävention	62.000 €	862.099 €	800.099 €
Summen		62.000 €	862.099 €	800.099 €

wird zugestimmt (Anlage 2).

3. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.31 - investive Auszahlungen i. H. v. 4.600 € - wird zugestimmt (Anlage 3).

4. Dem Stellenplan 2014 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention -540- wird zugestimmt (Anlage 4).

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2014 für das Amt für Schule

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6699/2009-2014

Herr Gressik erläutert die behindertenrelevanten Positionen im Haushaltsplanentwurf des Amtes für Schule, speziell die Kürzung der Haushaltsmittel für Maßnahmen zur Inklusion im Schulbereich. Diese sei durch das Ergebnis des Bürgerentscheides zur Sanierung des Freibades Gadderbaum erforderlich. Diese Reduzierung im Jahr 2014 führe zu Einbußen im Bereich der Umbaumaßnahmen im Schulbereich. Die Betreuung der Kinder sei davon nicht betroffen. Sie sei eine pflichtige Leistung und müsse ohnehin erbracht werden.

Frau Röder problematisiert die Bezahlung von Integrationshelfern im OGS-Bereich der Schulen. Derzeit würden die Kosten für Integrationshelfer lediglich während der Unterrichtszeit übernommen. Darüber hinaus möchte sie den Ausbau des gemeinsamen Lernens in 2015 gesichert wissen. Herr Gressik bittet diesbezüglich Herrn Müller, der zu einem späteren Tagesordnungspunkt an der Sitzung teilnehmen werde, zu befragen. Fachlich könne er dazu keine Aussagen machen.

Frau Röder verweist auch auf den Antrag der Lebenshilfe, die Probleme mit den Essenskosten in der Schule Am Möllerstift habe. Herr Gressik weist darauf hin, dass im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes die Finanzierung der Mittagessen über den Schulträger und damit verbunden der städt. Zuschuss seinerzeit gestrichen worden sei. An allen Schulen, in denen ein Mittagessen angeboten werde, sei der Essenspreis deshalb auch unterschiedlich. Dieser Antrag stellt daher auch eine neue freiwillige Leistung dar, die nur bewilligt werden könnte, wenn in dem Bereich der freiwilligen Leistungen eine Leistung gestrichen würde. Im Schul- und Sportausschuss wurde der Antrag nicht mit in die politische Diskussion aufgenommen.

Frau Schmieder schlägt vor, in den Schulen, in denen Küchen eingerichtet seien, direkt zu kochen. Dies würde eine gute Gelegenheit bieten, im Rahmen von Inklusion auch behinderte Menschen dort zu beschäftigen und evtl. auszubilden.

Herr Dr. Bruder weist nochmal darauf hin, dass der Beirat für Behindertenfragen bereits im November einen Beschluss über die Mittelkürzung für die Inklusion gefasst habe.

Vorsitzender Herr Baum schlägt vor, bei dem bereits gefassten Beschluss zu bleiben. Über den Antrag der Lebenshilfe solle zurzeit nicht beschlossen werden. Die Lebenshilfe müsse zunächst selber prüfen, ob eine andere Gestaltung der Mittagessenkosten möglich sei. Ansonsten könne sich die Lebenshilfe nochmal mit dem Beirat in Verbindung setzen und die konkreten Probleme darlegen.

Beschluss:

Unter Berücksichtigung des Beschlusses des Beirates aus der Sitzung am 27.11.2013, TOP 13, fordert der Beirat für Behindertenfragen den Schul- und Sportausschuss auf, von der Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen zur Inklusion im Schulbereich abzusehen und die geplanten Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 € für das Haushaltsjahr 2014 zur Verfügung zu stellen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Unter Berücksichtigung des zuvor gefassten Beschlusses wird folgender Beschluss über die Drucks.-Nr. 6699/2009-2014 gefasst:

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Schul- und Sportausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, den Haushaltsplan 2014, unter Berücksichtigung des zuvor gefassten Einzelbeschlusses mit den Plandaten für die Jahre 2014 bis 2017 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen
 - 11.01.64 „Schulausschuss“,
 - 11.03.01 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“,
 - 11.03.02 „Zentrale Leistungen des Schulträgers“ und
 - 11.03.04 „Schulaufsicht“
 wird zugestimmt (Haushaltsplanentwurf 2014 Band II, S. 194/195, 578/579, 593/594 u. 603/604).

2. Den **Teilergebnisplänen** der Produktgruppen
 - 11.01.64 „Schulausschuss“ im Jahr 2014 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 37.905 € (Band II, S. 197-198),
 - 11.03.01 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“ im Jahr 2014 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 100.273 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 63.318.339 € (Band II, S. 582-583),
 - 11.03.02 „Zentrale Leistungen des Schulträgers“ im Jahr 2014 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 9.858.339 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 25.986.832 € (Band II, S. 598-599) und

11.03.04 „Schulaufsicht“ im Jahr 2014 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 6.000 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 318.872 € (Band II, S. 606-607)

wird mit den sich aus der Anlage 1 ergebenden Veränderungen zugestimmt.

3. Den **Teilfinanzplänen** der Produktgruppen

11.03.01 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“ im Jahre 2014 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 300.000 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 1.647.399 € (Band II, S. 584-585) und

11.03.02 „Zentrale Leistungen des Schulträgers“ im Jahre 2014 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 146.628 € (Band II, S. 600-601)

wird mit den sich aus der Anlage 2 ergebenden Veränderungen zugestimmt.

4. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.03.01 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“ und 11.03.02 „Zentrale Leistungen des Schulträgers“ für den Haushaltsplan 2014 wird zugestimmt (Band II, S. 592 und 602).

5. Dem **Stellenplan 2014** für das Amt für Schule wird zugestimmt. Die Änderungen gegenüber dem Stellenplan 2013 ergeben sich aus der beigefügten Veränderungsliste.

6. Der **Fortschreibung der HSK-Maßnahmen** Nr. 98, 107-112 und 254 II c wird zugestimmt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 13

Zielplanungsprozess 2013 im Dezernat 5-Soziales,
hier: Zielmatrix 3. Tertialberichterstattung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6758/2009-2014

Herr Linnenbürger schlägt vor, die Berichterstattung von TOP 14 auch unter TOP 13 zu führen. Die Vorlagen seien inhaltlich identisch. Einziger Unterschied sei, dass die Vorlage unter TOP 14 auch die Ergebnisse des Amtes für Jugend und Familie -Jugendamt - beinhalte. Es bestehen keine Bedenken gegen eine Zusammenfassung der Beratungen.

Herr Linnenbürger erläutert den Aufbau der Vorlagen. Für eine intensive Auseinandersetzung mit den behindertenrelevanten Maßnahmen, werde

in der Februar-Sitzung des Beirates Herr Voelzke u. a. zum Thema „späte Inklusion“ ausführlich berichten.

Herr Feix berichtet über die Maßnahmeergebnisse des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt-. Er weist insbesondere darauf hin, dass das Beratungsangebot der Pflegeberatung im Stadtbezirk Sennestadt, um eine Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen erweitert worden sei.

Fragen von Frau Röder und Frau Aufderheide werden von Herrn Linnenbürger beantwortet.

Frau Prizebilla-Vogt stellt das Ergebnis des Zielplanungsprozesses im Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- vor.

Fragen von Frau Röder werden von Frau Prizebilla-Vogt beantwortet.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Herrn Baum teilt Herr Linnenbürger mit, dass die nächste Berichterstattung nach dem 2. Tertial 2014 erfolgen werde.

Der Beirat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 14

Zielplanungsprozess 2013 im Dezernat 5-Soziales, hier: Zielmatrix 3. Tertialberichterstattung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6759/2009-2014

Die Beratung erfolgte unter TOP 13.

Zu Punkt 15 **Zielplanungsprozess 2014 im Dezernat 5 - Soziales**
hier: Vorstellung der Zielmatrizen der verschiedenen
Organisationsbereiche

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6756/2009-2014

Es wird vereinbart, die Berichterstattungen zu TOP 15 und 16 entsprechend der Vorgehensweise bei TOP 13 und 14 zusammenzufassen.

Herr Linnenbürger weist darauf hin, dass die Zielmatrizen in der Darstellung modifiziert worden seien.

Herr Feix stellt die behindertenrelevanten Ziele des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt- für 2014 vor. Fragen von Frau Röder werden von Herrn Feix und Frau Krutwage beantwortet. Die Frage hinsichtlich des Sprachangebotes für Kinder und jugendliche Flüchtlinge werde an das Amt für Integration weitergegeben und die Antwort in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

Frau Aufderheide weist darauf hin, dass nach Ihrer Meinung eine Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen nicht möglich sei, wenn die Finanzmittel eingefroren würden. Herr Linnenbürger gibt zu Bedenken, dass eine Erweiterung der finanziellen Mittel derzeit nicht absehbar sei und eine Weiterentwicklung nicht gleichbedeutend mit mehr finanziellen Mitteln sei. Hierbei sollte auch die Gestaltung der Trägerangebote betrachtet werden. Auch dies könne eine Chance zur Weiterentwicklung darstellen. Darüber hinaus informiert er über Maßnahmen des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention. Frau Prizebilla-Vogt führt aus, originäre Ziel für das Amt für Jugend- und Familie -Jugendamt- sei, eine bedarfsgerechte Versorgung mit Betreuungsplätzen für die Kinder und Eltern in den Tagestätten vorzuhalten. Derzeit würden Integrationskonferenzen stattfinden. Sie erwarte, dass im Rahmen der nächsten Berichterstattung zur Kindergartenbedarfsplanung detaillierter über die Anzahl der notwendigen Betreuungsplätze und dem vorliegenden Bedarf informiert werden könne. Eine Nachfrage von Frau Röder bzgl. der Beteiligung des Beirates an den Konferenzen beantwortet Frau Prizebilla-Vogt im Nachgang der Sitzung dahingehend, dass in der Vergangenheit nur sporadisch ein Mitglied des Beirates anwesend war. Die konkrete Benennung eines Beiratsmitgliedes stehe seit 2012 aus.

Der Beirat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 16 **Zielplanungsprozess 2014 im Dezernat 5 - Soziales**
hier: Vorstellung der Zielmatrix der verschiedenen
Organisationsbereiche

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6757/2009-2014

Die Beratung erfolgte unter TOP 15.

Sitzungspause 11.15 Uhr – 11.20 Uhr

Zu Punkt 17 **Konkretisierung der Linienführung der Stadtbahnlinie 5 von Heepen über den Jahnplatz/Adenauerplatz nach Brackwede, Senne und Sennestadt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6705/2009-2014

Vorsitzender Herr Baum weist ausdrücklich darauf hin, dass die Stadtbahnlinie 5 eine große Bedeutung für die Barrierefreiheit habe. Er bittet Alle, bei der Bürgerbefragung die Errichtung der Stadtbahnlinie 5 zu unterstützen.

Herr Jamitzky erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage und skizziert die Entstehung des bisherigen Planungsstandes. Herr Dreier ergänzt, dass die Planungen auf einer Ratsentscheidung vom 18.07.2013, zur Einführung einer Stadtbahnlinie 5, beruhen.

Fragen von Herrn Dr. Bruder und Frau Aufderheide werden beantwortet. Herr Dreier weist darauf hin, dass ein zweites Bürgerforum zu diesem Thema am 01.02.2014 im Rochdale Raum stattfinden werde.

Der Beirat nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 18 **Errichtung von Sportgelegenheiten für den vereinsungebundenen Sport**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6320/2009-2014

Herr Günther stellt die wesentlichen Punkte der Vorlage vor und informiert über die bereits vorliegenden Beschlusslagen.

Den Gremien wird die Möglichkeit gegeben, Maßnahmen und Projekte zur Mittelverwendung vorzuschlagen.

Auf Nachfragen von Frau Aufderheide und Frau Schmieder führt Herr Günther aus, dass die neu geplanten Sportgelegenheiten nach Auffassung der Verwaltung alle barrierefrei zugänglich seien.

Die Anwesenden sind darüber einig, dass sich der Beirat mit diesem Thema noch einmal beschäftigen und bei entsprechenden Vorschlägen mit der Verwaltung Kontakt aufnehmen wird.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Drucksachen-Nr. 6320/2009-2014 zu.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 19

Umsetzung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes

Herr Müller berichtet über das Schulrechtsänderungsgesetz, dass nur von Schulaufsicht und Schulträger gemeinsam umgesetzt werden könne. Ein wesentlicher Punkt des Gesetzes sei, dass für Eltern von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf ab dem Schuljahr 2014/2015 ein Anspruch auf einen Platz in einer allgemeinen Schule bestehe. Für Berufskollegs gelte der Anspruch ab dem Schuljahr 2016/2017. Die bisherigen Plätze für Gemeinsamen Unterricht und integrative Lerngruppen würden 1:1 in Plätze des Gemeinsamen Lernens umgewandelt. Wie bisher würden die Plätze per besonderem Bescheid zugewiesen. Er berichtet über die Anmeldesituation in den Grundschulen. Die vorhandenen Plätze im Grundschulbereich würden für die Anmeldungen ausreichen.

Der Bereich der Sekundarstufe 1 stelle noch eine Herausforderung dar. Die betroffenen Schülerinnen und Schüler seien durch Abfragen in der Primarstufe namentlich bekannt. Der festgestellte Plätzebedarf für 115 Kinder, davon sei je die Hälfte zielgleich bzw. zieldifferent zu unterrichten, sei derzeit nicht gedeckt. Das Platzangebot müsse verdoppelt werden. Mit Hilfe der Schulaufsicht konnten noch weitere Schulen, trotz erheblicher Bedenken von Seiten der Schulen in ausstattungsmäßiger und personeller Hinsicht, für das Gemeinsame Lernen gewonnen werden. Nach derzeitigem Stand würden im kommenden Schuljahr noch weitere sechs städt. und zwei nichtstädt. Schulen der Sekundarstufe 1 und zwei städt. Grundschulen das Gemeinsame Lernen anbieten, soweit der Schul- und Sportausschuss einen entsprechenden Beschluss fasse. Damit wäre der Bedarf, auch für die zukünftigen Schuljahre, gedeckt. Frau Trachte erläutert aus Sicht der Schulaufsicht die Konsequenzen aus dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz (**Anlage 2**). Die allgemeine Schule werde zukünftig der Regelförderort sein. Der Besuch einer Förderschule werde nur noch in Ausnahmefällen und auf ausdrücklichen Wunsch der Eltern in Betracht gezogen.

Fragen von Frau Aufderheide, Frau Röder und Herrn Dr. Bruder werden von Frau Trachte und Herrn Müller beantwortet. Zur Klassengröße führt Herr Müller aus, dass die Schülerzahl in Klassen, in denen Kinder mit

sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf unterrichtet werden, reduziert werde. Diese Reduzierung müsse allerdings in den jahrgangsgleichen Klassen aufgefangen werden. Herr Müller sagt eine Auswertung über die bestehenden Förderbedarfe und deren Verteilung auf die einzelnen Schulformen zu.

Der Beirat nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 20 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Zu Punkt 21 **Bericht an die Presse**

Frau Böllhoff regt an, die Presse über wesentliche Beschlüsse des Beirates zu informieren.

-.-.-

Vorsitzender Herr Baum stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Baum
(Vorsitzender)

Krumme
(Schriftführerin)